



## Niederschrift Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

---

|                        |                            |
|------------------------|----------------------------|
| <b>Sitzungstermin:</b> | Mittwoch, 21.08.2019       |
| <b>Sitzungsbeginn:</b> | 19:00 Uhr                  |
| <b>Sitzungsende:</b>   | 22:03 Uhr                  |
| <b>Ort, Raum:</b>      | Bürgersaal des Stadthauses |
| <b>Sitzungsnummer</b>  | STV/032/19                 |

---

- 1 Bericht des Magistrats
- 1.1 Ärztliche Versorgung - Schließung Praxis Breitbach
- 1.2 Aktueller Stand der städtischen Finanzen
- 1.3 Einführung Freiwilliger Polizeidienst
- 1.4 Landschaftsarchitektonischer Wettbewerb Hafensinsel Gernsheim - Preisgericht am 13.08.2019
- 1.5 Barrierefreier Umbau Bahnhof Gernsheim
- 1.6 Zusätzliche einmalige und freiwillige Unfallentschädigung für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr
- 1.7 Verleihung Verdienstorden Ehepaare Lucia und Thomas Bornhofen sowie Elke und Franz Saltzer
- 1.8 Programm der Seniorenbeauftragten in Zusammenarbeit mit der OASE Gymnasium Gernsheim
- 1.9 Vernissage "Von hier bis in die Weiten der Fantasie"
- 1.10 Sommernachtstraum am 13.07.2019 wurde abgesagt
- 1.11 Ferienspiele 2019
- 2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers
- 3 Aussetzung der aktuell gültigen Straßenbeitragssatzung  
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der FWG vom 05.07.2019, eingegangen am 05.07.2019 sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 07.08.2019, eingegangen am 08.08.2019  
Vorlage: 0169/S/19
- 4 Kenntnisnahme des Aufstellungsbeschlusses zum Jahresabschluss 2018 sowie der wesentlichen Ergebnisse des Abschlusses  
Beschlossen durch Magistrat am 26.06.2019  
Vorlage: 0132/S/19
- 5 Sanierung raumluftechnische Anlage und Einbau von Gasmotorwärmepumpen in der Stadthalle

- hier: Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben gem. § 100 HGO  
Beschlossen durch Magistrat am 24.07.2019  
Vorlage: 0174/S/19
- 6 Beteiligungsbericht 2019  
Beschlossen durch Magistrat am 24.07.2019  
Vorlage: 0175/S/19
- 7 Neubau Feuerwehrhaus Allmendfeld;  
hier: Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben gem. § 100 HGO  
Beschlossen durch Magistrat am 24.07.2019  
Vorlage: 0176/S/19
- 8 Aufstellung von Plakattafeln für Wahlwerbung bei Wahlen ab 2020  
Antrag der SPD-Fraktion vom 25.07.2019, eingegangen am 25.07.2019  
Vorlage: 0182/S/19
- 9 Einrichtung eines Präventionsrates in der Schöfferstadt Gernsheim  
Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 25.07.2019, eingegangen am 25.07.2019  
Vorlage: 0183/S/19
- 10 Windeltonne  
Antrag der SPD-Fraktion vom 25.07.2019, eingegangen am 25.07.2019  
Vorlage: 0184/S/19
- 11 Abfallentsorgung durch den Abfallwirtschaftsverband (AWV)  
Berichts Antrag der FDP-Fraktion vom 26.07.2019, eingegangen am 30.07.2019  
Vorlage: 0188/S/19
- 12 Anfragen
- 12.1 Anfrage Nr. 024-2019 der SPD-Fraktion i. s. Prüfung auf Einrichtung eines  
Jugendbeirates (Vorlage: 0129/S/18 vom Juni 2018)
- 12.2 Anfrage Nr. 025-2019 der SPD-Fraktion i. S. Verkehrssituation für Radfahrer am  
Schöffersplatz
- 12.3 Anfrage Nr. 026-2019 der FDP-Fraktion i. S. Wasserrechtliche Situation des  
Gernsheimer Stadtwaldes

### **Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste**

#### **Verlauf**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar begrüßt die Anwesenden, im besonderen die Zuhörerinnen und Zuhörer und den Vertreter der Presse. Die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Herr Kaspar teilt mit, dass folgende Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung sowie des Magistrats Geburtstag hatten :

#### **Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt:**

Frau Sylvia Kaspar, Frau Sina Kunkel, Frau Heike Rittberger-Göbler, Frau Miriam

Young, Herr Stadtrat Gerhard Jung

## **Interessenkollisionen**

Herr Kaspar weist bezüglich des Tagesordnungspunktes 3 auf eventuell bestehende Interessenkollisionen hin.

TOP 3

Aussetzung der aktuell gültigen Straßenbeitragssatzung, Vorlage: 0169/S/19 sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 07.08.2019 sowie Änderungsantrag zum Antrag 0169/S/19 der CDU-Fraktion vom 20.08.2019  
Diese Änderungsanträge werden auf den Tischen verteilt.

### **Auf den Tischen wurde verteilt:**

- Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage 0169/S/19 vom 07.08.2019
- Änderungsantrag zum Antrag 0169/S/19 der CDU-Fraktion vom 20.08.2019
- Einladung zum Tag der Vereine am 14.09.2019
- Einladung zum Ehrungsabend am 11.09.2019
- Einladung zur Ausstellungseröffnung und Siegerehrung des Landschaftsarchitektonischen Wettbewerbs Rheinufer Gernsheim am 02.09.2019
- Einladung zur Vernissage „Momentmal“ Die Kunst liegt auf der Straße am 21.09.2019

### **Hinweis auf Veranstaltungen**

- Informationsveranstaltung des AWW i. S. künftige Müllgebühren am 26.08.2019, 19:00 Uhr in der Stadthalle
- Informationsveranstaltung Hessen-Mobil i. S. Straßensperrungen am 29.08.2019, 19:00 Uhr in der Stadthalle

## **1 Bericht des Magistrats**

### **1.1 Ärztliche Versorgung - Schließung Praxis Breitbach**

Bezüglich der Schließung der Praxis Dr. Michael Breitbach teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass er dies außerordentlich für alle Patientinnen und Patienten bedauert, die nun keinen Hausarzt mehr haben.

Er selbst habe via Facebook erst am 06.08.2019 Kenntnis darüber erlangt.

## **1.2 Aktueller Stand der städtischen Finanzen**

Herr Bürgermeister Burger berichtet, dass sich die Gewerbesteuer seit der letzten Mitteilung am 24.07.2019 um rund + 12 Millionen verbessert hat. Dies bedeutet, dass ein Mehrbetrag an Gewerbesteuer gegenüber dem Planungsansatz von rund 10 Millionen zu verzeichnen ist.

## **1.3 Einführung Freiwilliger Polizeidienst**

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass für die September-Sitzungsrunde der Stadtverordnetenversammlung ein Vertreter der Polizei sowie eine Person aus dem Freiwilligen Polizeidienst in die Sitzung des HFA am 18.09.2019 eingeladen werden. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung der Polizei durch das Fischerfest war der Vortrag in der August-Sitzungsrunde 2019 nicht möglich.

## **1.4 Landschaftsarchitektonischer Wettbewerb Hafenspitze Gernsheim - Preisgericht am 13.08.2019**

- Zur Neugestaltung des Areals entlang der Rheinstraße bis zur Hafenspitze wurde ein landschaftsarchitektonischer Wettbewerb ausgeschrieben.
- Die Tagung des Preisgerichts fand am Dienstag, dem 13.08.2019 in der Stadthalle statt
- Geladen waren Fachpreis- und Sachpreisrichter sowie Sachverständige. Ebenso wurden die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden eingeladen. – Herr Jirele nahm für die SPD-Fraktion diesen Termin wahr.
- 10 Planungsbüros wurden für den Wettbewerb zugelassen, von diesen haben sechs Planungsbüros ihre Vorschläge abgegeben.
- Zwei Ausarbeitungen wurden prämiert. Als Sieger dieses Wettbewerbs geht das Planungsbüro SINAI Gesellschaft von Landschaftsarchitekten mbH aus Berlin hervor.
- Die Präsentationen werden in der ersten Septemberwoche für Interessierte in zwei Schiffscontainern auf der Hafenspitze ausgestellt.
- Die Ausstellungseröffnung mit Siegerehrung erfolgt am Montag, dem 02.09.2019.
- Hierzu werden die Mitglieder der städtischen Gremien, des Magistrat, der Magistratskommission Innenstadt, die Teilnehmer des Preisgerichts sowie das Planungsbüro SINAI eingeladen.
- An weiteren drei Tagen wird die Ausstellung für die Öffentlichkeit zugänglich sein, die Termine werden noch in der Presse bekannt gegeben.

## **1.5      Barrierefreier Umbau Bahnhof Gernsheim**

Herr Bürgermeister Burger berichtet, dass der Umbau des Bahnhofs Gernsheim seit nunmehr zwei Jahren andauert. Die hat die Stadt Gernsheim zum Anlass genommen, mit der Deutschen Bahn schriftlich Kontakt aufzunehmen. In diesem Schreiben fordert die Stadt Gernsheim die Deutsche Bahn auf, verlässliche Informationen über den weiteren Fortgang der Baumaßnahme zu erhalten.

## **1.6      Zusätzliche einmalige und freiwillige Unfallentschädigung für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr**

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport teilte am 24.06.2019 im Staatsanzeiger Nr. 26 mit, dass gem. § 26 Ab. 2 Satz 1 HBKG den ehrenamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren eine zusätzliche, einmalige und freiwillige Unfallentschädigung in Form einer einmaligen Kapitalabfindung gezahlt wird.

Diese beträgt bei Invalidität bis zu Euro 60.000,00, im Todesfall Euro 25.000,00.

Wunschgemäß wird den Fraktionsvorsitzenden dieser Erlass per Mail zur Verfügung gestellt.

## **1.7      Verleihung Verdienstorden Ehepaare Lucia und Thomas Bornhofen sowie Elke und Franz Saltzer**

Den Ehepaaren Elke und Franz Saltzer sowie Lucia und Thomas Bornhofen wurden für die mehr als 40jährige ehrenamtliche Leitung des Singkreises in der Vitos-Klinik in Riedstadt sowie für ihr sonstiges politisches, kulturelles und soziales Engagement durch den Bundespräsidenten das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Herr Bürgermeister Burger gratuliert den Preisträgern für ihre Auszeichnung sehr herzlich

## **1.8      Programm der Seniorenbeauftragten in Zusammenarbeit mit der OASE Gymnasium Gernsheim**

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass ein Kooperationsprojekt des Seniorenkreises für Gernsheim und dem Ganztagsangebotes OASE im Gymnasium Gernsheim „Jung trifft Junggebliebene“ im September anläuft.

Das Projekt beginnt am 25.09.2019 ab 15:00 Uhr unter dem Motto „25 Jahre Auszeit e.V“. Hier findet ein Fest mit Auszeit und JOSchA zum Thema Kinderrechte an der Skaterrampe am Rhein statt.

Weitere Angebote und nähere Informationen werden rechtzeitig bekannt

gegeben.

### **1.9 Vernissage "Von hier bis in die Weiten der Fantasie"**

Am Mittwoch, dem 14. August 2019, fand um 18:00 Uhr durch Herrn Ersten Stadtrat Adler die Eröffnung der Treppenhausgalerie „Von hier bis in die Weiten der Fantasie“ der Künstlerin Jana Haft aus Groß-Rohrheim im Treppenhaus des Stadthauses statt.

An der Vernissage nahmen ca. 20 Gäste sowie Vertreter der Presse teil.

Die Kunstwerke von Frau Haft zum Thema „Surreale und gegenständlichen Malerei“ können bis Freitag, 29.11.2019, besichtigt werden.

### **1.10 Sommernachtstraum am 13.07.2019 wurde abgesagt**

In Absprache zwischen dem Kulturamt, der Freiwilligen Feuerwehr und den Dienstleistern wurde die für den 13.07.2019 geplante Veranstaltung „Sommernachtstraum“ im Verkehrsgarten abgesagt.

Grund hierfür waren starke Regenfälle, die das Absagen der Veranstaltung, auch aus sicherheitstechnischen Gründen, notwendig machten.

### **1.11 Ferienspiele 2019**

Vom 01. Juli bis 09. August 2019 fanden die jährlichen Ferienspiele statt; 35 Veranstaltungen wurden durchgeführt, 1 Veranstaltung wurde wegen zu geringem Interesse abgesagt.

Teilgenommen haben 157 Kinder, die insgesamt 559 Veranstaltungen besucht haben. Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Teilnehmerzahl gesunken. Viele Veranstaltungen waren nicht ausgebucht, obwohl die Teilnahmepätze bei der Planung bereits reduziert wurden.

Die Betreute Woche war nur von 7 Kindern (früher bis zu 40) gebucht, sodass das Konzept künftig hinterfragt und verändert werden muss.

Die großen Ausflüge hingegen wurden gut angenommen.

Für 2020 ist mit einem weiteren Rückgang der Teilnehmer zu rechnen, da die Inanspruchnahme seit 2018 rückläufig ist.

Zudem können immer weniger Vereine eine Veranstaltung aufgrund von Helfermangel anbieten, einige Betreuungskräfte stehen für 2020 nicht mehr zur Verfügung und die Einstellung von neuen Betreuungskräften über die Jugendpflege gestaltet sich zunehmend schwerer. So konnte in diesem Jahr über eine öffentliche Ausschreibung keine Kraft gefunden werden. Mitarbeiterinnen der Verwaltung sprangen ein.

Auch für das kommende Jahr muss das Konzept erneut überdacht werden.

## **2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers**

Herr Kaspar teilt mit, dass Herr Heinrich Bolenz ab dem 13.08.2019 fraktionsloses Mitglied der Stadtverordnetenversammlung ist. Herr Josef Geiger wurde innerhalb der CDU-Fraktion als Nachfolger und damit zum 2. stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Bezüglich des Tagesordnungspunktes 3 teilt er mit, dass er sich in Interessenkollision befindet. Er geht bewusst unter diesem Tagesordnungspunkt nochmals auf die eingegangenen Anträge i. S. Straßenbeiträge ein, um mehr Argumentierspielraum zu haben. Insbesondere teilt er mit, dass Herr Jan Hillerich die Sitzungsleitung der vergangenen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26.08.2019 korrekt durchgeführt hat. Des Weiteren weist Herr Kaspar darauf hin, dass um 18:00 Uhr eine Sitzung des Ältestenrates stattgefunden hat, mit dem Ergebnis, einen gemeinsamen Antrag auf rückwirkende Abschaffung der Straßenbeitragssatzung zur Entscheidung vorzulegen. Im Falle, dass der Antrag von den Fraktionen unterzeichnet wird, sind die beiden konkurrierenden Hauptanträge der SPD- und CDU-Fraktion obsolet und nicht mehr abzustimmen. Er teilt mit, dass Herr Achim Jirele als stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher während der Behandlung des TOP 3 den Vorsitz in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung übernehmen wird.

Aufgrund weiteren Beratungsbedarfs bezüglich des gemeinsamen Antrages erfolgt um 19:48 Uhr eine zehninminütige Sitzungsunterbrechung.

## **3 Aussetzung der aktuell gültigen Straßenbeitragssatzung Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der FWG vom 05.07.2019, eingegangen am 05.07.2019 sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 07.08.2019, eingegangen am 08.08.2019 Vorlage: 0169/S/19**

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt 3 verlassen folgende Personen wegen Interessenkollision den Sitzungssaal:

Herr Bürgermeister Burger, Herr Stadtrat Ernst Weinmann, Herr Horst-Dieter Kaspar, Herr Heinz Bayer, Herr Matthias Fertig.

Herr stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Jirele übernimmt zu diesem Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung.

Herr Jirele zeigt nochmals auf, dass folgende Anträge bzw. Änderungsanträge zur Vorlage 0169/S/19 vorgelegt wurden:

Seitens der SPD-Fraktion und der FWG wurde am 05.07.2019 folgender gemeinsamer Antrag vorgelegt:

„Der Magistrat wird beauftragt, bis zur kommunalaufsichtlichen Klärung der Angelegenheit durch den Landrat des Kreises Groß-Gerau die Anwendung der aktuell gültigen Straßenbeitragssatzung auszusetzen.  
Ggfl. ist zeitnah eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung anzusetzen.“

Seitens der SPD-Fraktion wurde am 08.08.2019 folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

„Die Straßenbeitragssatzung der Schöfferstadt Gernsheim (StrBS) zur Erhebung einmaliger Straßenbeiträge vom 23.05.2006, in Kraft getreten am 07.06.2006 **wird zum 01.09.2019 aufgehoben.**“

Seitens der CDU-Fraktion wurde am 21.08.2019 folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

„Die Straßenbeitragssatzung der Schöfferstadt Gernsheim (StrBS) zur Erhebung einmaliger Straßenbeiträge vom 23.05.2006, in Kraft getreten am 07.06.2006, wird rückwirkend zum 07.06.2018 aufgehoben.

In der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird nachfolgender gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-, SPD-, FDP-Fraktion, der FWG und Herrn Bolenz vorgelegt:

Die Fraktionen CDU, SPD, FDP, die FWG sowie Herr Bolenz beantragen und bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

„Die Straßenbeitragssatzung der Schöfferstadt Gernsheim (StrBS) zur Erhebung einmaliger Straßenbeiträge vom 23.05.2006, in Kraft getreten am 07.06.2006, wird rückwirkend zum 07.06.2018 aufgehoben.“

Vor der Abstimmung über den in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorgelegten gemeinsamen Antrag, fragt Herr Jirele die Antrag stellenden Fraktionen, ob die bisher eingegangenen Anträge bzw. Änderungsanträge weiterhin Bestand haben sollen.

Seitens der CDU- und SPD-Fraktion sowie der FWG wird signalisiert, dass die seither eingegangenen Anträge bzw. Änderungsanträge keinen Bestand mehr haben.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 17 (6 CDU, 8 SPD, 1 FDP, 1 FWG, 1 Herr Bolenz)  
Nein-Stimmen : 5 (2 CDU, 3 Bündnis 90/Die Grünen)  
Enthaltung : 2 (CDU)

Herr Bürgermeister Burger, Herr Stadtrat Ernst Weinmann, Herr Horst-Dieter Kaspar, Herr Heinz Bayer, Herr Matthias Fertig nehmen wieder an der Sitzung teil

Herr Kaspar übernimmt wieder den Vorsitz.

Er teilt mit, dass sich der Antrag der FDP-Fraktion i. S. Aufhebung der Straßenbeitragssatzung mit der laufenden Nummer 0169/S/19.1 noch im Geschäftsgang befindet.

Herr Kummert erklärt, dass er den Antrag 0169/S/19.1 zurückzieht.

Herr Bürgermeister Burger gibt im Anschluss folgende persönliche Erklärung ab:

Es sei anzuerkennen, dass durch die Beschlussfassung der „politische Frieden“ zunächst wieder hergestellt worden sei. Trotzdem stehe er der heute beschlossenen Abschaffung der Straßenbeiträge kritisch gegenüber. Er weist darauf hin, dass seitens des Hessischen Städtetags die Empfehlung ausgesprochen wurde, die Straßenbeiträge nicht abzuschaffen. Ebenso verweist er auf ein Schreiben der Kommunalaufsicht vom 08.07.2019, in dem es heißt:

„...Allerdings ist dabei zu bedenken, dass auch durch einen solchen Entgeltverzicht der Haushaltsausgleich in Planung und Rechnung gegeben sein soll (§ 93 Abs. 2 Satz 3 HGO)“

Er betont weiter, dass er sich künftig nicht in der politischen Verantwortung sieht, wenn die Straßenbeiträge in naher Zukunft wieder eingeführt werden müssen, um einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

**4 Kennnisnahme des Aufstellungsbeschlusses zum Jahresabschluss 2018 sowie der wesentlichen Ergebnisse des Abschlusses  
Beschlossen durch Magistrat am 26.06.2019  
Vorlage: 0132/S/19**

**BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Aufstellungsbeschluss des Magistrats vom 13.06.2019 zum Jahresabschluss 2018 sowie die wesentlichen Ergebnisse des Abschlusses nach § 112 Absatz 9 HGO zur Kenntnis.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zur Kenntnis genommen**

**5 Sanierung raumluftechnische Anlage und Einbau von Gasmotorwärmepumpen in der Stadthalle  
hier: Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben gem. § 100 HGO  
Beschlossen durch Magistrat am 24.07.2019  
Vorlage: 0174/S/19**

## **BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt überplanmäßige Ausgaben gemäß § 100 HGO für das Haushaltsjahr 2019 bei der Investitionsnummer I-11108026 Sanierung raumluftechnische Anlage und Einbau von Gasmotorwärmepumpen in der Stadthalle in Höhe von 440.000.00 Euro.

Die Deckung erfolgt die Investitionsnummer I-11108024 Neubau Sportheim „Am Kaffeedamm“.

## **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

## **6** **Beteiligungsbericht 2019** **Beschlossen durch Magistrat am 24.07.2019** **Vorlage: 0175/S/19**

## **BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Beteiligungsbericht 2019 zustimmend zur Kenntnis.

## **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zur Kenntnis genommen**

## **7** **Neubau Feuerwehrhaus Allmendfeld;** **hier: Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben gem. § 100 HGO** **Beschlossen durch Magistrat am 24.07.2019** **Vorlage: 0176/S/19**

## **BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt überplanmäßige Ausgaben gemäß § 100 HGO für das Haushaltsjahr 2019 bei der Investitionsnummer I-11108027 Neubau Feuerwehrhaus Allmendfeld in Höhe von 190.000.00 Euro.

Die Deckung erfolgt durch die Investitionsnummer I-11108024 Neubau Sportheim „Am Kaffeedamm“.

## **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**8 Aufstellung von Plakattafeln für Wahlwerbung bei Wahlen ab 2020  
Antrag der SPD-Fraktion vom 25.07.2019, eingegangen am 25.07.2019  
Vorlage: 0182/S/19**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

„Der Magistrat wird beauftragt, satzungsrechtliche Vorbereitungen zu treffen, dass zukünftig bei Wahlen ab 2020 nur noch große Wahlplakattafeln (ca. vier auf zwei Metern Größe) zum Einsatz kommen. Auf diese sollen Wahlplakate in der Größe DIN A 1 (circa 60 auf 84 Zentimeter) geklebt werden dürfen.

Plakatieren sollen die Parteien nach Paragraf 5 Absatz 1 des Parteiengesetzes sowie nach dem durch die Rechtsprechung entwickelten "Grundsatz der abgestuften Chancengleichheit". Danach richtet sich die Zahl der Plakate auf den Plakattafeln nach dem Ergebnis vorausgegangener Wahlen.

Standorte für Einzelplakate (bis zu A 1) sollen nicht mehr zugelassen werden. Die Anzahl und Standorte der Plakattafeln sind vom Magistrat zu bestimmen.

Ebenfalls vom Magistrat ist rechtzeitig sicherzustellen, dass Haushaltsmittel für Plakattafeln im kommenden Haushalt 2020 eingestellt werden.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung**

Ja-Stimmen : 13 (9 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, Herr Bolenz)  
Nein-Stimmen : 14 (12 CDU, 1 FDP, 1 FWG)  
Enthaltung : -

**9 Einrichtung eines Präventionsrates in der Schöfferstadt Gernsheim  
Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 25.07.2019, eingegangen am 25.07.2019  
Vorlage: 0183/S/19**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

„1.  
Der Magistrat wird beauftragt, die Einrichtung eines Präventionsrates zu prüfen. Hierbei sind die Ziele und Voraussetzungen eines Präventionsrates in der Gemeinde Gernsheim zu ermitteln.

2.  
Nach Abschluss der Prüfung wird über die Einrichtung eines Präventionsrates durch die Stadtverordnetenversammlung entschieden.“

Herr Bürgermeister Burger teilte in der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Kultur, Sport und Soziales am 15.08.2019 folgendes mit:

Zu 1.

Nach Prüfung von ausgewählten Städten mit bestehendem Präventionsrat im weiteren Umkreis von Gernsheim kommen die Unterzeichner zu folgendem Ergebnis hinsichtlich den Zielen und Voraussetzungen eines Gernsheimer Präventionsrates:

- a) Der Präventionsrat sollte am konkreten Bedarf der Stadt ausgerichtet sein.
- b) Der Rat soll konkrete Hilfen und Maßnahmen erörtern, aber auch umsetzen können. Dazu müssen die Teilnehmer / Behördenvertreter des Präventionsrates über entsprechende personelle Ressourcen verfügen.
- c) Die Mitglieder des Präventionsrates sollten im Kern aus Vertretern von Fachbehörden und Non-Governmental Organizations (NGO's) bestehen. Eine Überfrachtung des Präventionsrates mit politischen Vertretern wird kritisch gesehen.

Als Vertreter zweier Fachämter der Schöfferstadt Gernsheim weisen die Unterzeichner darauf hin, dass bereits ein entsprechendes Gremium in der Stadt etabliert wurde.

Seit rund fünfzehn Jahren besteht der durch die Caritas initiierte Arbeitskreis sozialer Dienste. Dieser setzt sich aus Teilnehmern folgender Einrichtungen zusammen:

Caritas, mehreren Fachvertretern des Jobcenter Groß-Gerau, Jugendhilfen der Schöfferstadt Gernsheim und aller Gernsheimer Schulen, Bewährungshelfern, Sozialamt Schöfferstadt Gernsheim, Ordnungsamt Schöfferstadt Gernsheim, Diakonie, Sozialpsychiatrischer Dienst Kreis Groß-Gerau.

Darüber hinaus werden zum Arbeitskreis auch immer wieder Vertreter von anderen Fachbehörden oder NGO's geladen, um über spezielle Themen zu diskutieren. Besonderes Merkmal des Arbeitskreises ist die informelle Struktur. Diese kommt ohne Tagesordnungen, Protokolle und ähnliche formelle Vorgaben aus und kann dadurch immer auf aktuell sehr konkrete Sachverhalte eingehen und versuchen diese zu lösen.

In der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Teilnehmer konnten in der Vergangenheit bereits mehrere Herausforderungen schnell und nachhaltig gelöst werden.

Durch die insgesamt gute Vernetzung der Verwaltung der Schöfferstadt Gernsheim konnten und können Ergebnisse des Arbeitskreises auch auf den Südkreis oder sogar kreisweit Impulse setzen. So begründet sich die Verbesserung der Betreuung obdachloser im Südkreis in Zusammenarbeit mit der Diakonie maßgeblich aus dem Arbeitskreis sozialer Dienste und der anschließenden Gespräche der Verwaltung.

Ähnlich verhält es sich bei der Zusammenarbeit mit der Gernsheimer

Polizeistation.

Hier wird auf Ämterebene direkt und zielgerichtet miteinander kommuniziert und Problemlösungen erörtert.

Zusammenfassend wird eine Einführung eines Präventionsrates als Dopplung und daher eher als Schwächung der Gesprächs- und Lösungsstrukturen der Schöfferschaft Gernsheim bewertet.

Im Rahmen der Aussprache führt Herr Jirele aus, dass die SPD-Fraktion der Tätigkeit des Arbeitskreises sozialer Dienstes grundsätzlich positiv gegenüber stehe. Die Intention der SPD-Fraktion sei allerdings, dass Präventionsarbeit in verschiedenen Bereichen geleistet werden müsse, z. B. Führen von Gesprächen mit Jugendlichen zum Thema Alkohol- und Drogenmissbrauch etc.

Herr Jirele beantragt für die SPD-Fraktion, den Antrag mit der laufenden Nr. 0183/S/19 in die September-Sitzungsrunde 2019 zu schieben.

Dem Antrag wird einvernehmlich zugestimmt.

**10**

### **Windeltonne**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 25.07.2019, eingegangen am 25.07.2019  
Vorlage: 0184/S/19**

Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

„Im Rahmen der Umstellungen der Abfallentsorgung zum 01.01.2020 wird der Magistrat beauftragt, satzungsrechtliche Vorbereitungen zu treffen, dass weiterhin für Wickelkinder bis zum vollendeten 3. Lebensjahr und/oder pflegebedürftige Personen, die unter chronischer Inkontinenz leiden, eine Windeltonne beantragt werden kann.

Die Windeltonne ist ein zusätzliches 120 l - Restmüllgefäß und wird mit 13 kostenlosen Leerungen bezuschusst.

Ebenfalls vom Magistrat ist rechtzeitig sicherzustellen, dass Haushaltsmittel für die Windeltonne im kommenden Haushalt 2020 eingestellt werden.“

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

**11**

**Abfallentsorgung durch den Abfallwirtschaftsverband (AWV)  
Berichts Antrag der FDP-Fraktion vom 26.07.2019, eingegangen am**

**30.07.2019**  
**Vorlage: 0188/S/19**

Seitens der FDP-Fraktion wird folgender Berichtsantrag vorgelegt:

Ich darf Sie bitten, nachstehenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu setzen.

Berichtsantrag zur Abfallentsorgung durch den Abfallwirtschaftsverband (AWV)

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, über die Abfallentsorgung durch den Abfallwirtschaftsverband (AWV) zu berichten und nachstehende Fragen zu beantworten:

1. Warum gehen die im Schreiben des Abfallwirtschaftsverbandes (AWV) vom 15.07.2019 angebotenen Leistungen kostenmäßig erheblich über die bisherigen Kosten hinaus, obwohl genau das Gegenteil angekündigt worden war?
2. Eine vorherige Abstimmung mit der Stadtverordnetenversammlung über die Höhe der Kosten wäre angeraten gewesen, schon allein um diese auf eine möglichst breite Basis stellen zu können. Warum wurde davon kein Gebrauch gemacht?
3. Warum wurde die bisherige Abfallsatzung der Schöfferstadt Gernsheim nicht außer Kraft gesetzt ?“

**Zu Ziffer 1:**

Herr Bürgermeister verweist auf die für 26.08.2019 terminierte Veranstaltung des AWV in der Stadthalle. Es ist vorgesehen, anhand von Kalkulationsberechnungen die künftigen Kosten der Müllgebühren zu verdeutlichen.

**Zu Ziffer 2:**

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass die versäumte Abstimmung der Kosten mit der Stadtverordnetenversammlung einem zeitlichen Druck geschuldet ist. Anfang des Jahres seien die europaweiten Ausschreibungen erfolgt, im Juni 2019 wurden die Flyer gedruckt und an die Haushalte verschickt, so dass vor der Sommerpause keine Gelegenheit war, in der Stadtverordnetenversammlung über die bevorstehenden Kosten zu informieren.

**Zu Ziffer 3:**

Die bisherige Abfallsatzung bleibt bis Ende dieses Jahres in Kraft und wird dann außer Kraft gesetzt. Ein entsprechender Aufhebungsbeschluss wird gefasst.

Im Rahmen der Aussprache bittet Herr Bolenz darum, dass bei der Informationsveranstaltung am 26.08.2019 des AWV eine Kalkulationsgegenüberstellung zwischen der seitherigen und der künftigen Berechnung der Müllgebühren erfolgt.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters erklärt Herr Kummetat den Berichtsantrag als erledigt.

## 12      **Anfragen**

### 12.1      **Anfrage Nr. 024-2019 der SPD-Fraktion i. s. Prüfung auf Einrichtung eines Jugendbeirates (Vorlage: 0129/S/18 vom Juni 2018**

Die SPD-Fraktion bittet den Magistrat, folgende Fragen zum Beschluss der STW vom 19.06.2018 **„Prüfantrag auf Einrichtung eines Jugendbeirates“** zu beantworten.

1.  
Welche Erkenntnisse sind in den letzten zwölf Monaten gewonnen worden, einen HGO-konformen Jugendbeirat in Gernsheim einzurichten?
2.  
Wurde inzwischen der Jugendpfleger der Stadt Gernsheim in diese Prüfung mit einbezogen, um die Beteiligungsmöglichkeiten der Jugendlichen am kommunalpolitischen Willensprozess zu eruieren? Mit welchen Ergebnissen?
3.  
Welche Chancen sieht der Magistrat, einen Jugendbeirat in Gernsheim einzuführen, um Jugendliche an das Thema Politik heranzuführen und der allgemeinen Politikverdrossenheit entgegenzuwirken?

#### **Antwort:**

##### **Zu Frage 1)**

Ein 1. Gespräch mit den Jugendlichen fand am 6. Dezember 2018 im Jugendtreff statt. Es waren 11 Jugendliche im Alter von 11 bis 18 Jahren - 2 davon aus Riedstadt - anwesend.

Die Anwesenden wurden in diesem Gespräch über die Situation junger Menschen in Gernsheim befragt und äußerten auch konkrete Wünsche.

Sie wünschten sich eine Verbesserung der Buslinien der LNVG. Von Seiten der Jugendlichen wurde inzwischen berichtet, dass dies umgesetzt wurde.

Die Teilnehmer äußerten den Wunsch nach WLAN im Jugendtreff. Der Zugang zum WLAN wurde zwischenzeitlich mittels einer WLAN-Box möglich gemacht. Einigkeit besteht mit den Betreuern, dass der WLAN-Zugang zeitlich begrenzt sein soll.

Kinoveranstaltungen in der Stadthalle wurden gewünscht. Beginn ist im Herbst mit einer Kinoveranstaltung in der Stadthalle - eine Filmwunschlische hängt zurzeit im Jugendtreff aus. Auch das Thema "Disco-Veranstaltung für Kinder und

Jugendliche" wurde angesprochen und für durchführbar erachtet.

Das nächste Gespräch des Bürgermeisters mit den Jugendlichen ist für Donnerstag, 24.10.2019 in der Zeit von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr im Jugendtreff Alte Realschule terminiert.

### **Einrichtung von Jugendtreffs in den Stadtteilen Allmendfeld und Klein-Rohrheim**

Im Rahmen ihrer Masterarbeit hat Hannah Hager begonnen, die Kinder und Jugendlichen im Stadtteil Allmendfeld bezüglich der Einrichtung eines Jugendtreffs zu befragen. Diese Befragung wurde anschließend auch im Stadtteil Klein-Rohrheim durchgeführt. Die Auswertung der Anfrage auf Einrichtung eines Jugendtreffs in den Stadtteilen Allmendfeld und Klein-Rohrheim erfolgt im September 2019.

Am Samstag, 28.09.2019 findet der Workshop zu diesem Thema im Bürgerhaus Allmendfeld für interessierte Kinder und Jugendliche aus Allmendfeld (Anmeldung erforderlich) statt.

Ein **weiterer Termin** zum Thema **"Partizipation von Kindern und Jugendlichen"** ist am Mittwoch, 25.09.2019 und hier konkret zum Thema **"Kinderrechte? Ja, Kinderrechte!"** vorgesehen.

Hier bietet JOSchA (Gernsheimer Netzwerk für Kinder und Jugendliche) von 15:00 bis 18:00 Uhr an der Skateranlage am Rhein verschiedene Aktionen zu diesem Thema an. Eingebunden sind diese Aktionen in das traditionelle Saison-Abgrillen mit dem Sportmobil des Vereins Auszeit e.v. (25 Jahre Auszeit e.v.).

#### **Zu Frage 2)**

Der Jugendpfleger Mike Schumann wurde miteinbezogen. Herr Schumann befürwortet nach wie vor das gemeinsam begründete Format und will es gerne fortsetzen. Für die Arbeit eines Kinder- und Jugendparlaments erwartet er gegenwärtig keine hinreichende Kontinuität.

Aufgrund seiner Erfahrung sieht er einen Schwerpunkt insbesondere auch darin, Kinder und Jugendliche für relevante Themen überhaupt erst zu sensibilisieren und sie an diese Themen heranzuführen.

#### **Zu Frage 3)**

Die Gesprächsreihe seitens der Verwaltung mit den Kindern und Jugendlichen im Jugendtreff wird fortgesetzt. Ziel ist eine angemessene Beteiligung der Kinder und Jugendlichen. Zudem soll es ein weiteres Angebot in Form einer Kinder- und Jugendsprechstunde geben, mit dem auch Kinder und Jugendliche außerhalb des Jugendtreffs angesprochen werden sollen.

Dabei ist angedacht, diese Sprechstunde im Stadtgebiet, z. B. im räumlichen Umfeld der Schulen stattfinden zu lassen.

## 12.2 **Anfrage Nr. 025-2019 der SPD-Fraktion i. S. Verkehrssituation für Radfahrer am Schöffersplatz**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgende Anfrage vorgelegt:

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, schon mehrmals ist, insbesondere von Eltern mit Kleinkindern, die Frage an uns herangetragen worden, wie die Verkehrssituation für Radfahrer am Schöffersplatz geregelt ist.

Die SPD-Fraktion bittet den Magistrat, folgende Fragen zu beantworten:

1.

Wo genau führt der vom Rhein kommende Rad-Wanderweg Nummer 25 entlang, nachdem er die Wormser Straße überquert und die Magdalenenstraße erreicht hat?

Führt er über den Schöffersplatz oder führt er die Magdalenenstraße entlang?

2.

Radfahrende Kinder unter acht Jahren sind laut Straßenverkehrsordnung verpflichtet, den Gehweg zu benutzen. Wie ist die Verkehrssituation für Radfahrer konkret im Bereich der Außenbewirtschaftung der Gaststätte "Oma Lisbeth" geregelt?

### **Stellungnahme:**

#### **Zu Teilfrage 1:**

Gegenüber des Cafés "Oma Lisbeth" war ein Schild des Geonaturparks angebracht, welches auf den Schöffersplatz als Radweg hindeutet. Die Radwegebeschilderung des Kreises verweist stattdessen auf die Magdalenenstraße.

Nach Überprüfung der Sachlage und Rücksprache mit dem Kreis Groß-Gerau konnte der Sachverhalt aufgeklärt werden: Das Schild des Geonaturparks wurde bei der Neubeschilderung durch den Kreis vergessen und fälschlicherweise nicht abmontiert.

Dies wurde zwischenzeitlich durch den Bauhof nachgeholt und der Kreis informiert.

Der offizielle Radweg 25 & 28 führt über die Magdalenenstraße und folgt der Radwegebeschilderung.

#### **Zu Teilfrage 2:**

Der Betreiber ist verpflichtet einen mind. 1,50 Meter breiten Korridor zwischen der Außenbewirtschaftung frei zu lassen, damit Fußgänger und Radfahrer passieren

können. Diese Regelung ist auch Teil der Sondernutzungserlaubnis für die Außenbewirtschaftung.

Die Einhaltung der Regelung wird durch den Betreiber wie durch das OA kontrolliert.

Leider kommt es durch eigenmächtiges verrücken von Stühlen, Tischen und Sonnenschirmen durch die Gäste, welche dann zu Konfliktsituationen mit Radfahrern führen kann.

Durch das OA wird mit dem Betreiber derzeit nach einer besseren Lösung gesucht, um a) den Bedürfnissen von Fußgängern und Radfahrern gerecht zu werden und b) eine Außenbewirtschaftung zur Belebung des Schöfferplatzes weiter zu ermöglichen.

### **12.3 Anfrage Nr. 026-2019 der FDP-Fraktion i. S. Wasserrechtliche Situation des Gernsheimer Stadtwaldes**

Seitens der FDP-Fraktion wird folgende Anfrage vorgelegt:

Ihr Bericht zur Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2019 befasste sich u.a. mit diesem Thema und warf weitere Fragen zu diesem Thema auf, welche Sie bitte beantworten oder in einer Info-Veranstaltung behandeln lassen wollen.

1. Welches Gremium des Regierungspräsidiums Darmstadt legt die Menge des Wassers für die öffentliche Trinkwasserversorgung fest und ist die Stadt Gernsheim daran beteiligt bzw. vertreten?
2. Gibt es ein Monitoring bei der Festlegung, Förderung und Verbrauch der Wassermenge und wer ist für deren Einhaltung verantwortlich bzw. wer ist damit beauftragt?
3. Wie hoch sind die derzeitigen Fördermengen an Grundwasser und wie werden diese verteilt, u.a. an die Hauptabnehmer Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt?
4. Welche Leistungen haben die Abnehmer des Grund- bzw. Trinkwassers gegenüber den Eigentümern wie z.B. die Stadt Gernsheim zu erbringen?
5. Wie sieht die Regelung des Gebrauchs von Wasser aus dem Stadtwald für einen industriellen bzw. landwirtschaftlichen Gebrauch aus und wieviel Anteile aus der Infiltration von Rheinwasser werden für die Anhebung des Grundwasserspiegels benötigt?
6. Die Überwachung von Grundwasser in Grundwassermessstellen erfolgt durch regelmäßige Probenahme und Analyse auf umweltrelevante Parameter. Gibt es darüber hinaus Messstellen (Anzahl) zur Überwachung der Grundwasserstände sowie die Ermittlung des langjährigen Trendverhaltens der Grundwasserstände?

7. Wird die beim Verwaltungsgericht anhängige Klage gegen den Bescheid des Regierungspräsidenten Darmstadt allein durch die Stadt Gernsheim vertreten oder beteiligen sich daran weitere Kläger?

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Stadtverordnetenvorsteher

Schriftführerin  
sp